



Deutsches Institut
für Menschenrechte



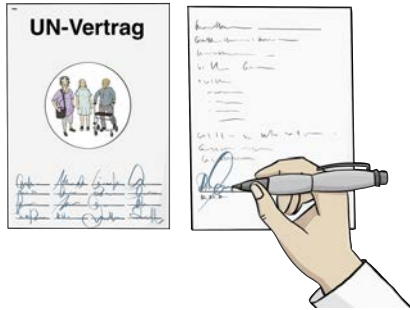
Konferenz-Broschüre in Leichter Sprache

Die UN-BRK in Berlin: Wie weiter nach der zweiten Staatenprüfung?

Achtet Berlin genug auf die Rechte
von Menschen mit Behinderungen?

Im Berliner Abgeordnetenhaus,
am 6. September 2024

Worum geht es?



Vor über 15 Jahren hat Deutschland einen Vertrag unterschrieben.

Der Vertrag heißt: **UN-Behinderten-Rechts-Konvention**.

Die Abkürzung dafür ist: **UN-BRK**.

In diesem Heft schreiben wir: **UN-Vertrag**.

Im UN-Vertrag stehen die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Deutschland muss sich an den UN-Vertrag halten.

Auch Berlin muss sich an den UN-Vertrag halten.



UN ist die Abkürzung für Vereinte Nationen.

Die Vereinten Nationen sind ein Zusammenschluss von vielen Ländern.

Die UN setzen sich zum Beispiel für die Menschenrechte ein.

Eine Arbeitsgruppe von den UN prüft:

Hält Deutschland sich an den UN-Vertrag?

In diesem Heft schreiben wir: **UN-Arbeitsgruppe**.

Die UN-Arbeitsgruppe hat Deutschland im Jahr 2023 geprüft.

Die UN-Arbeitsgruppe hat über die Prüfung einen Bericht geschrieben.

Der Bericht heißt: **Abschließende Bemerkungen**.

In dem Bericht steht:

Die Inklusion klappt noch **nicht** gut!

Deutschland muss viele Dinge besser machen.

Auch Berlin muss viele Dinge besser machen.

Was muss Berlin besser machen?

Darüber müssen viele Menschen zusammen reden.

Darum laden wir Sie zu einer Veranstaltung ein.

Wir sind die **Monitoring-Stelle für den UN-Vertrag in Berlin** und die **Sprecher und Sprecherinnen für Inklusion** von den demokratischen Parteien.

Auf der Veranstaltung reden wir mit Ihnen über mehr Inklusion in verschiedenen Bereichen.



Die Veranstaltung ist am Freitag, 6. September 2024 von 10:00 bis 15:30 Uhr.

Danach gibt es noch ein Zusammen-Sein.

Es gibt Pausen zwischen den Vorträgen.

Die Veranstaltung ist hier:

Berliner Abgeordnetenhaus

Niederkirchnerstraße 5

10117 Berlin

Sie können schon ab 9:00 Uhr

zum Veranstaltungs-Ort kommen.

Wir freuen uns auf Sie.



Inhalt

Worum geht es?	2
Inhalt	4
Das Programm	6
Die Abschließenden Bemerkungen 2023	8
Forum 1: Inklusive Arbeit und Ausbildung	11
Darüber sprechen wir im Forum:	11
Die UN-Arbeitsgruppe macht sich Sorgen:	11
Das soll Berlin machen:	12
Forum 2: Die Rechte von geflüchteten Menschen mit Behinderungen	17
Darüber sprechen wir im Forum:	17
Die UN-Arbeitsgruppe macht sich Sorgen:	18
Das soll Berlin machen:	18
Forum 3: Inklusive Bildung	21
Darüber sprechen wir im Forum:	21
Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:	21
Das muss Berlin machen:	22
Forum 4: Politische Partizipation	24

Darüber sprechen wir im Forum:	24
Die UN-Arbeitsgruppe macht sich Sorgen:	24
Das soll Berlin machen:	25

[Über diesen Text](#) 29

Wer hat diesen Text gemacht?	29
Wer hat die Bilder gemacht?	30
Mehr Infos	30

Das Programm

- Ab**
09:00 Uhr **Ankommen und Kennenlernen**
- 10:00 Uhr** **Begrüßung**
Dr. Britta Schlegel, Leiterin der Monitoring-Stelle UN-BRK
- 10:10 Uhr** **Begrüßung**
Björn Wohler, Lars Düsterhöft, Catrin Wahlen, Katina Schubert, inklusionspolitische Sprecher*innen der Fraktionen im Abgeordnetenhaus
- 10:20 Uhr** **Vortrag: Die Abschließenden Bemerkungen vom UN-Fachausschuss**
Dr. Catharina Hübner, Projektleitung Monitoring-Stelle Berlin
- 10:30 Uhr** **Podiums-Gespräch 15 Jahre UN-BRK in Berlin**
Mit Kathrin Geyer vom Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen und Christine Braunert-Rümenapf, Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen
- Ein Podiumsgespräch ist ein Gespräch von mehreren Menschen auf einer Bühne. Alle anderen hören zu.
- 10:45 Uhr** **Pause**
- Es gibt auf der Veranstaltung mehrere Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppen heißen Fachforum. In einem Fachforum redet man über ein bestimmtes Thema und überlegt sich gute Ideen und Lösungen.
- Es finden immer zwei Fachforen gleichzeitig statt. Sie müssen sich also jeweils für ein Fachforum entscheiden. Zum Schluss berichtet jemand aus jedem Fachforum über die Ideen und die Ergebnisse.
- 11:00 Uhr** **Fachforum 1**
„Recht auf inklusive Ausbildung und Arbeit“
- Fachforum 2**
„Rechte von Geflüchteten Menschen mit Behinderungen“

12:00 Uhr Mittagspause

13:00 Uhr Fachforum 3 „Recht auf inklusive Bildung“

Fachforum 4 „Politische Partizipation“

Politische Partizipation bedeutet: Mitreden und mitmachen in der Politik.

14:00 Uhr Pause

14:15 Uhr Berichte aus den vier Fachforen

14:30 Uhr Podiums-Gespräch zum Abschluss

Christine Braunert-Rümenapf, Berliner Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen

Kathrin Geyer, Vorsitzende des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen Berlin

Cansel Kiziltepe, Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

15:15 Uhr Ende der Konferenz mit anschließendem Zusammen-Sein

Die Abschließenden Bemerkungen 2023

Die UN-Arbeitsgruppe hat geprüft:

Hält sich Deutschland an den UN-Vertrag?



In der UN-Arbeitsgruppe sind 18 Experten.

Die meisten Experten sind Menschen mit Behinderungen.

Über die Prüfung hat die UN-Arbeitsgruppe die Abschließenden Bemerkungen geschrieben. Deutschland soll sich an die Abschließenden Bemerkungen halten.



Die **Monitoring-Stelle für den UN-Vertrag in Berlin** hat die Abschließenden Bemerkungen gelesen.

Die **Monitoring-Stelle** sagt:

Das sind die besonders wichtigen Punkte aus den Abschließenden Bemerkungen.

Alles gemeinsam machen können:

Der UN-Vertrag sagt:

Menschen mit Behinderungen sollen **nicht** von Menschen ohne Behinderungen getrennt werden.

Das ist Inklusion.

Alles soll inklusiv werden.

Zum Beispiel:



- Kinder mit Behinderungen und Kinder ohne Behinderungen sollen auf die gleichen Schulen gehen.
- Alle Menschen dürfen aussuchen, wo sie arbeiten.
- Alle Menschen dürfen aussuchen, wo sie wohnen und wie sie wohnen.

Das ist noch **nicht** so.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Die deutsche Regierung muss mehr für Inklusion tun!

Immer auch an Menschen mit Behinderungen denken:

Die Arbeits-Gruppe sagt:

Immer wenn man etwas macht, muss man auch an Menschen mit Behinderungen denken.



Zum Beispiel, wenn man eine Straße plant.

Die Straße muss auch für Menschen mit Behinderungen gut zu benutzen sein.

Darüber muss man von Anfang an nachdenken.

Mitmachen und mitreden:

Die UN-Arbeitsgruppe sagt:

Menschen mit Behinderungen sollen immer mitreden, wenn es um den UN-Vertrag geht.

Menschen mit Behinderung haben das Recht dazu.

Dafür muss es feste Regeln geben.

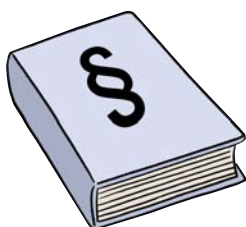


Meistens dürfen Menschen mit Behinderungen in der Politik **nicht** viel mitreden.

Der UN-Vertrag sagt aber:

Menschen mit Behinderungen müssen immer mitreden!

Gesetze prüfen:



Deutschland muss prüfen, ob die Gesetze in Deutschland zum UN-Vertrag passen.

Gesetze von Deutschland müssen die Rechte von Menschen mit Behinderungen beachten.

Das gilt auch für Berlin und die Gesetze in Berlin.

Über Behinderungen lernen:

Alle Menschen sollen etwas über Behinderungen lernen.

Alle Menschen sollen vor allem lernen:

Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Rechte wie Menschen ohne Behinderungen.

Private Anbieter verpflichten:

Auch private Anbieter sollen sich an den UN-Vertrag halten.

Private Anbieter sind zum Beispiel:

Geschäfte und Arzt-Praxen.

Private Anbieter sollen zum Beispiel auf Barrierefreiheit achten.

Forum 1: Inklusive Arbeit und Ausbildung

Im Forum 1 geht es um Menschen mit Behinderungen bei der Arbeit und bei der Ausbildung.

Darüber sprechen wir im Forum:

Im UN-Vertrag steht:

Alle Menschen haben das Recht auf Arbeit.

Menschen mit Behinderungen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten können.

Mit allgemeiner Arbeitsmarkt meint man Arbeitsplätze, die **nicht** in einer Werkstatt sind.



Berlin muss das Recht auf Arbeit beachten.

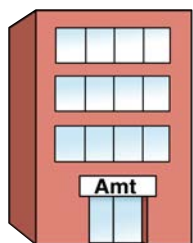
Dafür muss Berlin vieles ändern.

Die UN-Arbeitsgruppe macht sich Sorgen:

- Viele Menschen mit Behinderungen sind arbeitslos.
- Viele Menschen mit Behinderungen arbeiten in besonderen Werkstätten.
- Es wechseln nur wenige Menschen von der Werkstatt in den allgemeinen Arbeitsmarkt.
- Es gibt zu wenig barrierefreie und inklusive Berufs-Ausbildungen in Berlin.



Das soll Berlin machen:



Das Budget für Ausbildung und das Budget für Arbeit besser nutzen

Menschen mit Behinderungen können Geld beantragen.

Das Geld bekommen sie vom Amt.

Es gibt Geld, um Hilfe bei der Ausbildung oder bei der Arbeit zu bezahlen.

Das Geld heißt Budget für Ausbildung oder Budget für Arbeit.

In Berlin beantragen noch **nicht** so viele Menschen mit Behinderungen dieses Geld.

Wir fragen, warum das so ist.



Mehr Barriere-Freiheit bei Arbeitsplätzen

Die Barriere-Freiheit bei Arbeitsplätzen muss besser werden.

Alle Menschen mit Behinderungen sollen in jedem Betrieb in Berlin arbeiten können.

Auch wenn es **keine** Werkstatt ist.



Inklusive Berufs-Ausbildung für alle jungen Menschen mit Behinderungen

Die UN-Arbeitsgruppe sagt:

Die Berufs-Ausbildung muss anders werden.

Jetzt gibt es meist getrennte Ausbildungen:

- Ausbildungen für Menschen mit Behinderungen.
- Ausbildungen für Menschen ohne Behinderungen.

Im UN-Vertrag steht:

Es soll gemeinsame Ausbildungen geben.

In Berlin gibt es aber zum Beispiel nur 3 barrierefreie Schulen für die Ausbildung.

Das ist viel zu wenig.

Berufs-Beratung

Viele Jugendliche wissen **nicht**, welche Ausbildung sie machen wollen.

Dann brauchen sie eine Berufs-Beratung.

Berufs-Beratungen sollen inklusiv arbeiten:

Dann kommen Jugendliche mit Behinderungen **nicht** mehr automatisch von der Schule in die Werkstatt.

Dann lernen Jugendliche mit und ohne Behinderungen zusammen einen Beruf.

Auch in Berlin muss die Berufs-Beratung besser werden.

Jugendliche mit Behinderungen sollen ihren Beruf selbst bestimmen können.

Das ist ihr Recht.

Dieses Recht muss bei der Berufs-Beratung beachtet werden.





Praktikum

In einem **Praktikum** lernt man für eine kurze Zeit einen Beruf oder eine Arbeit kennen.

Das macht man meist in der Schulzeit.

Der UN-Vertrag fordert:

Jugendliche mit Behinderungen sollen ein Praktikum bei einer Arbeit machen, die **nicht** zu einer Werkstatt gehört.

Sie sollen dafür einfach Assistenz bekommen.

Leichter neue Arbeit finden

Viele Menschen mit Behinderungen möchten **nicht** in einer Werkstatt arbeiten.

Werkstätten sollen helfen, damit Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten können.

Auch Ämter sollen dabei helfen.

Werkstätten und Ämter sollen mehr dafür tun.



Fachleute sollen beim Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt helfen.

Menschen in der Werkstatt brauchen gute Beratung und Hilfe beim Wechsel.

Arbeit-Geber und Arbeit-Geberinnen beraten

Arbeit-Geber brauchen auch Beratung und Hilfe.

Zum Beispiel:

- Wenn sie Menschen mit Behinderungen Arbeit geben wollen.



- Wenn sie ihren Betrieb barrierefrei machen wollen.

Dabei können die **Einheitlichen Ansprech-Stellen** für **Arbeit-Geber** helfen.

Die Abkürzung ist **EAA**.

Bei der Beratung muss es um gute Lösungen für einzelne Personen gehen.

Es muss auch um gute Lösungen für mehr Inklusion in Betrieben gehen.

Die Regierung muss mehr tun

Die Regierung in Berlin hat versprochen:

Wir machen die Ausbildung und Arbeit von Menschen mit Behinderungen besser.

Die Regierung macht das aber **nicht** schnell genug.

Die Regierung wollte 2 Dinge besser machen:

- Betriebe vom Land Berlin müssen mehr Geld bezahlen, wenn sie **keine** Menschen mit Behinderungen beschäftigen.
- Die Regierung stellt mehr Menschen mit Behinderungen ein.

Aber die Regierung hat das noch **nicht** gemacht.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/das-recht-auf-ausbildung-in-berlin>

Forum 2: Die Rechte von geflüchteten Menschen mit Behinderungen

Im Forum 2 geht es um die Rechte von geflüchteten Menschen mit Behinderungen.

Darüber sprechen wir im Forum:

Auch in Berlin weiß man oft **nicht**:



- Welche geflüchteten Menschen in Berlin haben Behinderungen?
- Welche Hilfen brauchen diese Menschen?

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen bekommen oft zu wenig Unterstützung.

- Oft fehlt die medizinische Versorgung.
- Oft fehlen Hilfsmittel.
Zum Beispiel ein Rollstuhl.

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen dürfen **nicht** schlechter behandelt werden als andere Menschen.

Auch für geflüchtete Menschen mit Behinderungen gelten die Rechte aus dem UN-Vertrag.

Darum muss Berlin sich kümmern.

Die UN-Arbeitsgruppe macht sich Sorgen:

In Deutschland weiß man oft **nicht**, welche Hilfen geflüchtete Menschen mit Behinderungen brauchen.

Viele Ämter wenden die Gesetze der EU **nicht** richtig an.

Deswegen bekommen Geflüchtete mit Behinderungen oft **nicht**, was sie brauchen:

- Sie bekommen **nicht** die richtige Gesundheits-Versorgung.
- Geflüchtete Kinder mit Behinderungen können oft **nicht** zur Schule oder zum Arzt gehen.
- Die Unterkünfte sind **nicht** gut für Kinder mit Behinderungen.



Wenn geflüchtete Menschen Geld vom Amt brauchen, können sie keine deutschen Staatsbürger werden.

Menschen mit Behinderungen brauchen öfter Geld vom Amt als Menschen ohne Behinderungen.

Für Menschen mit Behinderungen ist es deshalb schwieriger, Deutsche zu werden.

Das ist nicht gerecht.



Das soll Berlin machen:

Hilfe-Bedarf herausfinden

Wenn geflüchtete Menschen mit Behinderungen nach Berlin kommen, muss Berlin schnell herausfinden:

Was brauchen die Menschen mit Behinderungen?

Darum müssen sich genügend Menschen kümmern.

Ein Zentrum für geflüchtete Menschen

Es soll ein Zentrum für geflüchtete Menschen gegründet werden.

Das Zentrum ist wichtig:

Es soll herausfinden, was genau jeder geflüchtete Mensch mit Behinderungen braucht.

Auch Experten mit Behinderungen sollen bei der Planung von dem Zentrum helfen.

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen sollen gut untergebracht werden



Geflüchtete Menschen mit Behinderungen dürfen selbst entscheiden, wo sie wohnen möchten.

Es sollen barrierefreie Unterkünfte gebaut werden
Dann können Familien zusammen wohnen.

In den Unterkünften sollen Menschen arbeiten, die sich gut auskennen.

Es muss Hilfs-Angebote geben.

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen sollen die richtige Hilfe bekommen:

Das Land Berlin muss die Gesetze und Regeln überarbeiten.

Dann bekommen geflüchtete Menschen mit Behinderungen bessere Gesundheits-Leistungen.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Menschenrechtsbericht_2017_Kurzfassung_Leichte_Sprache.pdf

Forum 3: Inklusive Bildung

Darüber sprechen wir im Forum:



Es gibt ein Recht auf inklusives Lernen.

Inklusives Lernen bedeutet:

Kinder mit Behinderungen und Kinder ohne Behinderungen gehen auf die gleichen Schulen.

Deutschland muss dieses Recht beachten.

Also muss auch Berlin dieses Recht beachten.

In Berlin gibt es noch viele getrennte Schulen.

- Für Kinder mit Behinderungen.
- Für Kinder ohne Behinderungen.

Das ist **nicht** gut für die Inklusion.

Denn Inklusion heißt:

Alle Kinder sollen zusammen lernen.

Berlin will inklusive Schulen.

Dafür gibt es aber noch **keinen** genauen Plan.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

- Viele Kinder besuchen Förder-Schulen.
Das trennt Kinder mit Behinderungen von Kindern ohne Behinderungen.
- Familien werden **nicht** gut unterstützt,
wenn die Kinder auf eine Regel-Schule gehen.
- Inklusive Bildung wird **nicht** genug unterstützt.

- Viele Menschen denken schlecht über inklusive Bildung.
- Schulen sind **nicht** barrierefrei.
- Die Lehrkräfte sind **nicht** genug ausgebildet.
- Busse und Bahnen sind **nicht** barrierefrei.
Kinder kommen **nicht** barrierefrei in die Schule.

Das muss Berlin machen:

Andere Bundes-Länder haben Förder-Schulen in Förder-Zentren umgewandelt.

Die Förder-Zentren unterstützen gemeinsamen Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderungen.
Das soll Berlin auch machen.

Kinder mit Behinderungen sollen in der Schule **nicht** benachteiligt werden.

Deshalb muss im Schulgesetz stehen:

Kinder mit und ohne Behinderungen lernen zusammen.

Es muss ein Inklusions-Plan beschlossen werden.

Im Inklusions-Plan muss stehen:

- Berlin stellt mehr Lehrer und Lehrerinnen ein.
- Es gibt Fortbildungen für die Lehrer und Lehrerinnen.
- Im Unterricht arbeiten Lehrer und andere Fachleute zusammen.
- Geflüchtete müssen in die Schule gehen dürfen.

**Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es
hier:**

[https://www.institut-fuer-
menschenrechte.de/publikationen/detail/schule-fuer-
alle](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/schule-fuer-alle)

Forum 4: Politische Partizipation

Politische Partizipation bedeutet:

Mitreden und mitmachen in der Politik.

Darüber sprechen wir im Forum:

Menschen mit Behinderungen sollen in der Politik gut mitreden und mitentscheiden können.

Das ist wichtig.

Das Recht auf mitreden und mitentscheiden steht im UN-Vertrag.

Berlin muss den UN-Vertrag beachten.



Die UN-Arbeitsgruppe macht sich Sorgen:

Menschen mit Behinderungen dürfen **nicht** genug mitreden.

Es gibt **keine** klaren Regeln:

- Wann Menschen mit Behinderungen mitreden und mitentscheiden dürfen.
- Wie Menschen mit Behinderungen mitreden und mitentscheiden dürfen.

Menschen mit Behinderungen bekommen **nicht** genug Unterstützung, damit sie gut mitreden können.

Das soll Berlin machen:

Selbst-Vertretungs-Organisationen stärken

In Selbst-Vertretungs-Organisationen setzen sich Menschen für ihre eigenen Rechte ein.

Eine Selbst-Vertretungs-Organisation ist zum Beispiel ein Blinden-Verband.

Selbst-Vertretungs-Organisationen von Menschen mit Behinderungen in Berlin sollen stärker werden.

Sie sollen überall mitreden und mitbestimmen.

Vor wichtigen politischen Entscheidungen sollen die Selbst-Vertretungs-Organisationen die Meinung von Menschen mit Behinderungen vertreten.

Es gilt der Leitsatz:

Nichts über uns ohne uns.



Selbst-Vertretungs-Organisationen brauchen:

- Ausreichend Geld und Personal.
- Büros, in denen sie gut arbeiten können.
- Schulungen, damit sie sich mutig und stark für ihre Rechte einsetzen können.



Aufwands-Entschädigung bezahlen

Menschen mit Behinderungen sollen Geld für ihre Arbeit bei der Beteiligung bekommen.

Dieses Geld heißt **Aufwands-Entschädigung**.

In Berlin ist das noch **nicht** so.

Es soll dafür eine Regelung geben.



Geld für Unterstützung bei der Beteiligung

In Berlin gibt es seit diesem Jahr Geld für die Unterstützung von Organisationen.

Die Organisationen bekommen das Geld für bessere Beteiligung von Menschen mit Behinderungen.

Davon können die Organisationen zum Beispiel Schulungen oder Assistenzen bezahlen.

Dieses Geld heißt **Partizipations-Fonds**.

Man soll das Geld aus dem Partizipations-Fonds einfach und barrierefrei beantragen können.



Bessere Regeln für Mitbestimmung

Echte Mitbestimmung bedeutet:

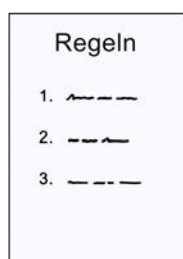
Das Wissen von Menschen mit Behinderungen wird bei politischen Entscheidungen beachtet.

Menschen mit Behinderungen können bei politischen Entscheidungen von Anfang an mitbestimmen.

Die Regeln für Mitbestimmung bei neuen Gesetzen wurden vor drei Jahren geändert.

Berlin hält sich aber noch **nicht** immer daran.

Menschen mit Behinderungen werden oft **nicht** gefragt.



Mitbestimmung für alle

Mit-Bestimmung muss auch möglich sein für:

- Menschen mit seelischen Erkrankungen.
- Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.
- Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.



- Geflüchtete Menschen mit Behinderungen.

Damit die Vielfalt von der Gesellschaft vertreten wird.

Interessen-Vertreter anhören

Es muss immer genug Zeit für die **Verbände-Anhörung** eingeplant werden.

Verbände vertreten die Interessen von Menschen mit Behinderungen.

Auch wenn sie keine Selbst-Vertreter-Organisationen sind.

Verbände-Anhörungen sind Treffen von der Regierung mit Verbänden.

Dabei können die Verbände ihre Meinung zu politischen Entscheidungen sagen.



Vorher bekommen die Verbände genug Zeit:

Zum Beispiel zum Lesen von neuen Rechts-Texten.

Dann können sie sich gut vorbereiten.

Dann können sie gut mitbestimmen.

Eine Stelle für Zusammenarbeit

Die Berliner Verwaltung soll die Beteiligung gut organisieren.

Dafür muss die Verwaltung gut ausgestattet sein.

Es soll extra Stellen geben, die sich um gute Zusammenarbeit kümmern.

Diese extra Stellen heißen Koordinierungs-Stellen.

In jeder Verwaltung gibt es eine Koordinierungs-Stelle.

Sie organisiert die Arbeit in der AG Menschen mit Behinderungen in der Verwaltung.

Die AG Menschen mit Behinderungen in der Verwaltung ist eine Gruppe von Menschen mit Behinderungen und Leuten aus der Verwaltung. Die Chefs der Verwaltung sollen regelmäßig zur Sitzung der AG Menschen mit Menschen mit Behinderungen kommen.

Chefs der Verwaltungen sind zum Beispiel die Senatorin. Oder ein Staats-Sekretär.

Die Chefs der Verwaltungen sollen den Menschen mit Behinderungen zuhören.

Berliner Maßnahmen-Plan

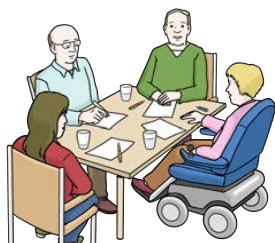
Im Berliner Maßnahmen-Plan steht, wie die Regeln und Rechte aus dem UN-Vertrag beachtet werden. Im Maßnahmen-Plan stehen auch Veränderungs-Ideen für das Land Berlin und für die Bezirke.



Der Berliner Maßnahmen-Plan wird dieses Jahr neu geschrieben.

Menschen mit Behinderungen sollen dabei mitarbeiten.

Dafür soll es ausreichend Geld und Hilfen geben.



Mehr Informationen in Leichter Sprache

gibt es hier:

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/mit-reden-in-berlin>

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/bezirks-beiraete-in-berlin>

Über diesen Text

Wer hat diesen Text gemacht?

Der Text ist vom

Deutschen Institut für Menschen-Rechte

Das ist die Adresse vom Institut:

Zimmerstraße 26/27

10969 Berlin

Telefon: 030 25 93 59 0

E-Mail: info@institut-fuer-menschenrechte.de

www.institut-fuer-menschenrechte.de/leichte-sprache

Dr. Catharina Hübner und Frieder Kurbjeweit haben den Text in schwerer Sprache geschrieben.

Sie arbeiten beim Deutschen Institut für Menschen-Rechte.

Die Agentur Klar & Deutlich hat den Text in Leichte Sprache übersetzt.

Menschen mit Lern-Schwierigkeiten bei der Agentur Klar & Deutlich haben den Text geprüft.

Wer hat die Bilder gemacht?

Die meisten Bilder sind von © Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.
Illustrator: Stefan Albers

Alle Bilder auf den Seiten 2, 3 und 17 und jeweils das zweite Bild auf den Seiten 8 und 9 sind von: © Inga Kramer

Das ist ihre Internet-Seite: www.ingakramer.de

Mehr Infos

Der Text ist vom August 2024.

Den gesamten Text gibt es auch in schwerer Sprache.

Er heißt:

Die UN-BRK in Berlin: Wie weiter nach der zweiten Staatenprüfung?

Infos zu Rechten am Text stehen hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Diese Rechte nennt man auch: Lizenz

